Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Venezuela
2. Deutschland und Europa: Kopflos in der Mitte der 20er Jahre
3. Macron will mit Putin sprechen. Ein Zeichen der Hoffnung?
4. Weitere Milliarden für Ukraine von Deutschland und Co.: „Rückzahlung in kaum einem Szenario“
5. Die Brüsseler Sanktionen gegen Dissidenten werden auch international beachtet und verurteilt!
6. Wenn der Winter zur Waffe wird
7. Sumud – Standhaftigkeit im Heiligen Land
8. Sanktionen, Angst, Wohnungslosigkeit: Das steckt wirklich hinter der neuen Grundsicherung
9. „Der direkte Weg in die Wohnungslosigkeit“
10. Reiche greift schon wieder die Arbeitnehmerrechte an – und die SPD macht mit
11. Die Kluft bei den Einkommen wird statistisch verschleiert
12. Ramschware Arbeitskraft
13. Verdi-Chef will Reiche und Erben für Rente belasten: „Das geht nur durch Umverteilung“
14. Deutschland: Konzernmonopole treiben Lebensmittelpreise hoch
15. Hohe Kosten, weniger Einnahmen: Preise für Nahverkehr steigen auf breiter Front
16. Covid-Pandemie: «Jetzt klopfen sie sich alle auf die Schulter»
17. Flugzeugabsturz in Türkei: hochrangige libysche Militärangehörige tot
18. Wem gehört die Erinnerung an den Holocaust?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich*

für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Venezuela**
   a. **Koloniale Ambitionen**
   Mit einer ideologischen Bankrotterklärung startet die Bundesregierung ins neue Jahr. Bundeskanzler Friedrich Merz, der seit je weltweit darauf dringt, Sanktionen gegen Russland wegen dessen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu verhängen, will im Angriffskrieg der USA gegen Venezuela und in der Verschleppung von dessen gewähltem Präsidenten nichts Verurteilenswertes erkennen. Die „rechtliche Einordnung" des US-Überfalls, behauptet Merz, sei „komplex". Damit verliert die Bundesregierung, die ohnehin wegen ihrer doppelten Standards international kritisiert wird, weltweit noch mehr an Glaubwürdigkeit und isoliert sich gegenüber den Staaten des Globalen Südens ein weiteres Stück. Aus afrikanischen Ländern zum Beispiel sind – sachlich korrekt – äußerst kritische Stellungnahmen zu dem völkerrechtswidrigen US-Überfall auf Venezuela zu hören. So erklärt etwa das Außenministerium Ghanas, die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, die USA würden Venezuela bis auf weiteres „regieren", erinnere „an die koloniale und imperialistische Ära"; „derlei koloniale Ambitionen" sollten heute „keinen Platz mehr haben". Berlin hingegen schlägt sich umstandslos auf die Seite Washingtons.
   Quelle: German Foreign Policy
   b. **Bundeskanzler Friedrich Merz erklärt zur Situation in Venezuela**
   „Nicolás Maduro hat sein Land ins Verderben geführt. Die letzte Wahl wurde gefälscht. Die Präsidentschaft haben wir – wie viele andere Staaten auf der Welt – daher nicht anerkannt. Maduro spielte in der Region, mit unseligen Allianzen weltweit und durch die Verstrickung Venezuelas in das Drogengeschäft eine problematische Rolle.
   Die rechtliche Einordnung des US-Einsatzes ist komplex. Dazu nehmen wir uns Zeit. Grundsätzlich müssen im Umgang zwischen Staaten die Prinzipien des Völkerrechts gelten. Jetzt darf in Venezuela keine politische Instabilität entstehen. Es gilt, einen geordneten Übergang hin zu einer durch Wahlen legitimierten Regierung zu gewährleisten."
   Quelle: Bundesregierung

Anmerkung Christian Reimann: *Für den gelernten Juristen Merz scheint der Sachverhalt offensichtlich zu komplex zu sein. Dabei ist er ziemlich klar. Die USA haben mal wieder gegen das Völkerrecht verstoßen und in einen souveränen Staat interveniert. Der nicht sehr beliebte deutsche Bundeskanzler liefert mit dieser kurzen Stellungnahme weitere Indizien dafür, dass er ein williger Vasall von US-Interessen ist.*

c. **Angriff der USA auf Venezuela: „Es geht doch ums Öl“**
Nach der US-Militäroperation in Venezuelas Hauptstadt Caracas wurde Präsident Maduro nach New York City gebracht. Ein US-Diplomat über Trumps wahre Ziele.
Quelle: taz

d. **Der Angriff auf Venezuela ist ein Angriff auf ganz Lateinamerika**
Das neue Jahr begann mit einer politischen Zäsur. In der Nacht zum 3. Januar überfielen die USA unprovoziert und völkerrechtswidrig Venezuela. Dabei nahmen sie den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro fest und verschleppten ihn und seine Frau in die USA. Trump machte klar, dass die USA das Land jetzt „verwalten“ und einen geordneten demokratischen Übergangsprozess einleiten würden. Zudem drohte er der venezolanischen Vizepräsidentin Delcy Rodríguez: Wenn sie tue, was Washington will, würden keine amerikanischen Streitkräfte in Venezuela stationiert.
Quelle: etos.media

e. **Spielball der Großmächte**
Mit dem Überfall der USA auf Venezuela sei nun endgültig die internationale Ordnung beerdigt worden, heißt es vom selbst ernannten Expertentum. Das muss auch so sein, weil man sonst Sanktionen gegen den Aggressor fordern, Energiegeschäfte einstellen und das angegriffene Land mit Waffen und Geld (as long as it takes) sowie guten Worten ausstatten müsste, weil dies jedes Recht habe, sich zu verteidigen. Kein Aber. Nee, ganz so ist es natürlich nicht. Der Unsinn hat Konjunktur, um die neue Logik der Aufrüstung zu rechtfertigen. Denn nur wer stark genug sei, könne in Frieden leben. Dafür wird dann auch übersehen, dass die USA nur wiederholen, was sie früher schon taten. Stichwort Noriega, Panama, 1989. Klingelt da etwa nichts?
Nö. Das würde ja bedeuten, einzugestehen, dass die regelbasierte Ordnung, deren Bruch man bisher nur Russland vorhält, nie galt, wenn die ‚gute Großmacht‘ selbst Regimewechsel vorantrieb. Stattdessen herrscht

mal wieder kollektive Amnesie, die zu der Behauptung führt, dass erst jetzt die globale Nachkriegsordnung beseitigt worden sei und man darauf reagieren müsse. Die Erklärung ist einfach: Nur so lässt sich der eingeschlagene Kurs noch begründen.
Quelle: TauBlog

f. **Stunde der Wahrheit**
Donald Trump hat nach dem Angriff auf Venezuela etwas getan, was westliche Staatschefs sonst vermeiden. Er verzichtete auf die Rhetorik von Menschenrechten, Demokratie oder humanitärer Verantwortung, mit der völkerrechtswidrige Interventionen oft verbrämt werden. Statt dessen erklärte er offen, worum es ging: um den Zugang zu den größten bekannten Erdölreserven der Welt, um geopolitische Kontrolle und die Durchsetzung von US-Interessen in einer Region, die Washington zunehmend als Einflusszone Chinas und Russlands betrachtet.
Quelle: junge Welt

2. **Deutschland und Europa: Kopflos in der Mitte der 20er Jahre**
Das erste Viertel dieses Jahrhunderts ist zu Ende und man muss leider konstatieren, dass die Menschheit in den vergangenen hundert Jahren nicht klüger geworden ist. Die Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts ist zu einem Symbol der Leichtigkeit geworden, in Wirklichkeit war es jedoch ein Tanz auf dem Vulkan. Man versuchte, einen gewaltigen Krieg zu vergessen und übersah, dass sich die Spannungen für einen neuen global wirkenden Waffengang bereits aufbauten. Heute ist die Ausgangslage eine ganz andere, aber die Mechanismen, die zum Krieg, zur primitivsten aller Konfliktlösungen führen, sind weiter intakt.
Wieder huldigt Europa dem Militär in naiver und gefährlicher Weise.
Quelle: Relevante Ökonomik

dazu: **2025 war für Westeuropa ein düsteres Jahr – mit riesigem Tempo marschiert die EU in den Abgrund**
Rücksichtslose Kriegstreiberei, politische Manipulation und Propaganda – das vergangene Jahr war in der EU schlimm genug. Im neuen Jahr kann der Weg in den Abgrund nur noch schneller werden. (…)
Was jedoch wirklich originell an der Rolle der EU ist, die uns immer näher an einen selbstzerstörerischen Krieg treibt, ist etwas anderes – nämlich ihr massiver Beitrag zur kognitiven Kriegsführung und Propaganda. Auch wenn dies ein sehr aktives Betätigungsfeld ist, in dem die NATO und die nationalen europäischen Regierungen heftig darum konkurrieren, wer seine Bevölkerung

am meisten in Angst und Schrecken versetzen kann, hat die EU doch etwas Besonderes an sich. Sie strebt eindeutig eine Führungsrolle in der „kognitiven Sicherheit“ an, was ein Euphemismus für die Erlangung einer „Lizenz“ darstellt, eigene Propaganda zu betreiben, indem man den anderen – in diesem Fall natürlich Russland – kognitiver Aggression bezichtigt.
Quelle: Tarik Cyril Amar auf RT DE

dazu auch: **Europa ist Amerikas Opfer**
Die Bomben fallen nie auf Washington, und das war schon immer Europas Problem.
Europa behauptet oft, endlich aufgewacht zu sein und dass der Krieg in der Ukraine die Bedeutung dieses Jahrhunderts verdeutlicht habe. Die tiefere Lektion ist älter und schmerzlicher: Der Kontinent ist positioniert, nicht geschützt. Die Logik, die die nuklearen Strategien der NATO prägte – von frühen Übungen, die Feuerstürme auf deutschem Boden simulierten, bis hin zu den WINTEX-CIMEX-Manövern der 1980er-Jahre – ist zurückgekehrt, aktualisiert und unter der Sprache der Werte verborgen. Europa steht nun vor einem Krieg, den es sich nicht ausgesucht hat, unter einer Doktrin, die es nicht verfasst hat, im Rahmen einer strategischen Architektur, die es lange als entbehrliches Terrain für andere Mächte behandelt hat.
Vom Kalten Krieg bis zum Krieg in der Ukraine ist die strategische Gleichung dieselbe geblieben: Europa ist nicht das, was die Vereinigten Staaten von Amerika schützen. Europa ist der Ort, an dem die Vereinigten Staaten sich selbst schützen.
Quelle: Thomas Karat auf Antikrieg

und: **Verteidigungsminister Pistorius: „Europa zu verlieren, wäre ein fataler sicherheitspolitischer Fehler der USA“**
Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) appelliert an die USA, am transatlantischen Bündnis festzuhalten. „Europa zu verlieren, wäre ein fataler sicherheitspolitischer und außenpolitischer Fehler der USA“, erklärte er in einem Interview mit der „Zeit“ mit Blick auf die radikale neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA. „Dass die USA einmal die AfD und die rechten Kräfte in Europa stärken und die westeuropäische Lebensart attackieren würden – vor zehn Jahren hätte das niemand geglaubt“.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Christian Reimann: *Der Bundesverteidigungsminister denkt offensichtlich in engen Bahnen und ist beratungsresistent. Vor zehn Jahren*

hätte wohl niemand geglaubt, dass ein ehemaliger Oberbürgermeister der Friedensstadt Osnabrück zur Kriegstüchtigkeit aufruft. Vor zehn Jahren hätte wohl niemand geglaubt, dass die EU und Deutschland Friedensinitiativen aus den USA blockieren.

3. **Macron will mit Putin sprechen. Ein Zeichen der Hoffnung?**
   Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in den letzten Tagen alle überrascht, indem er erklärte, er sei offen für einen Dialog mit Russland. Der Krieg in der Ukraine sei in eine neue Phase eingetreten, was einen neuen Ansatz erfordere. Globalbridge sprach darüber mit dem bekannten französischen Geopolitik-Experten Alexandre Del Valle.
   Quelle: Globalbridge

   dazu: **Liegt Berlin bald in Ruinen? Nur eines kann Europas Selbstmord noch abwenden**
   Wenn wir über die rasante Militarisierung der EU sprechen, ist es wichtig, die Verantwortung nicht gleichmäßig auf alle zu verteilen. Erstens gibt es in Europa kein einziges Volk, das bereit ist, singend an die Ostfront zu ziehen und dort zu sterben. So sehr sich die Propaganda auch bemüht – weder die Polen noch die Deutschen noch die Balten wollen in Massen gegen die Russen in einen Krieg ziehen. Im Internet gibt es genug Kriegslüsterne, aber in der Realität ist kaum jemand dumm genug, in Schützengräben sitzen zu wollen. Zweitens tobt auch unter den europäischen Staats- und Regierungschefs ein Krieg zu diesem Thema. Hinter Orbán und Fico, die sich offen gegen die aggressiven Pläne Brüssels aussprechen, drängen sich die Regierungschefs Italiens, Österreichs und Tschechiens und versuchen, sich nicht zu exponieren. Gegen einen Krieg mit Russland sind so mächtige Parteien wie der französische Rassemblement National und die deutsche Alternative für Deutschland.
   Seien wir ehrlich: Wenn Europa einen neuen Krieg mit uns anzettelt, wird einer der Hauptverantwortlichen dafür der deutsche Bundeskanzler sein. Es ist Friedrich Merz, der heute auf seinem Schlachtross allen voranreitet.
   Quelle: RT DE

   Anmerkung Christian Reimann: *Angesichts solcher öffentlichen Diskussionen in Russland sollten sowohl bei den Mitgliedern der Bundesregierung als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland die Alarmsirenen aufheulen. Welche Warnungen sollen bzw. müssen noch kommen, damit insbesondere die Regierung des BlackRock-Kanzlers ihre Position im Ukraine-Konflikt überdenkt und schließlich auch ändert?*

dazu auch: **Die 91 Drohnen der Dummheit – Sinnlos und ohne Würde**
Nachdem er vom Verhandlungstisch ausgeschlossen worden war, versuchte Selenskyj auf vielfältige Weise, die Verhandlungen zu sabotieren und die Situation eskalieren zu lassen: von Besuchen beim britischen Gerichtshof und der Europäischen Kommission bis hin zu Morddrohungen und -aufstachelung. Nun werden Drohnen gegen die Residenz des russischen Präsidenten eingesetzt.
Selenskyjs Verhalten, zusätzlich zu seinem Mangel an strategischem Gespür und Würde – die er bereits während seiner Fernsehshows verloren hatte, in denen er nackt Klavier und Gitarre spielte – offenbart die letzten Atemzüge eines Charakters, der nun den letzten Akt seines Drehbuchs erreicht hat.
Quelle: Seniora.org

und: **Selenskyjs 20 Punkte oder Wie man einen Krieg nicht beendet**
Was als Friedensplan präsentiert wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als geopolitische Wunschliste voller wirtschaftlicher Interessen, moralischer Inszenierung und strategischer Fallstricke. In dieser Punkt-für-Punkt-Analyse zeigt sich: Keiner der 20 Vorschläge zielt ernsthaft auf eine Deeskalation mit Russland ab.
Statt Frieden erleben wir Verwaltung, Machtpolitik und PR – und die Frage: Wer spielt hier eigentlich mit wem? Was ist das überhaupt?
Quelle: Seniora.org

4. **Weitere Milliarden für Ukraine von Deutschland und Co.: „Rückzahlung in kaum einem Szenario“**
Die Finanzierung des neuen Milliarden-Darlehens wird die EU-Staaten jährlich rund drei Milliarden Euro kosten – und das auf unabsehbare Zeit, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa) mit Verweis auf eine ranghohe EU-Beamtin. Für Deutschland bedeute das Berechnungen zufolge zusätzliche Ausgaben von jährlich etwa 700 Millionen Euro. Der Grund: Die Aufteilung erfolgt nach Wirtschaftskraft, wobei Ungarn, Tschechien und die Slowakei sich von dem Deal lossagten. Die Hauptlast der Hilfe liegt dementsprechend bei Deutschland und weiteren großen Mitgliedsländern, während sich Russland zunächst als Sieger fühlen darf.
Quelle: Merkur

Anmerkung Christian Reimann: *Immerhin fällt diesem Medium auf, dass die Bedingungen für die weiteren Finanzen an die Ukraine durch die EU „ungewöhnlich“ sind. Es wird jedoch nicht hinterfragt, weshalb insbesondere*

die deutschen Politiker in EU und Deutschland – Frau von der Leyen und Herr Merz – dennoch so eine Entscheidung getroffen haben. Sie müssen gewusst haben, welche Konsequenzen und Risiken damit verbunden sind.

5. **Die Brüsseler Sanktionen gegen Dissidenten werden auch international beachtet und verurteilt!**
Dass sich die EU erlaubt, einzelne Personen wie zuletzt auch den Schweizer Jacques Baud mit existenzbedrohenden Sanktionen zu „bestrafen“ und so versucht, sie zum Schweigen zu bringen, wird auch in etlichen anderen Ländern beachtet. Als Beispiel zitieren wir im Folgenden einen Kommentar von Professor Petr Drulák aus der Slowakei, der auch ein bekannter Diplomat ist, er war zum Beispiel zwei Jahre lang slowakischer Botschafter in Frankreich. Professor Drulák warnt davor, dass dieses Vorgehen das Recht umgeht und so einen gefährlichen Präzedenzfall für die Meinungsfreiheit schafft. Lesenswert!
Quelle: Globalbridge

dazu: **Causa Jacques Baud – ein krasser Fall staatlicher Willkür**
«Bestrafe einen und erziehe Millionen»
Interview mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko
Zeitgeschehen im Fokus In der letzten Zeit hört man aus der EU vermehrt Ungeheuerliches. Es gibt gehäuft Fälle, bei denen Journalisten und Wissenschaftler massiv in ihrem Leben eingeschränkt werden, wenn ihre Positionen von den staatlichen Vorgaben abweichen, was als «Desinformation» bezeichnet wird. Was fällt konkret unter Desinformation?
Andrej Hunko Ja, Desinformation ist das neue Zauberwort, das Schlüsselwort. Hier stellt sich die Frage: Wer definiert, was Desinformation ist und was nicht? Alles, was von staatlichen Stellen kommt oder von der EU, soll nach dieser Vorstellung keine Desinformation sein. Die EU nimmt sich also das Recht heraus, die Wahrheit zu bestimmen. In der Vergangenheit hat sich jedoch herausgestellt, dass gerade auch von staatlicher Seite Desinformation verbreitet wurde.
Quelle: Zeitgeschehen im Fokus

dazu auch: **Donna Quichotta und Sanchos Panzer**
Eine bitterböse Weihnachtssatire.
Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von Kaiserin Ursel der Anderthalbsten ausging, dass alle Narrative in der EU geschätzt würden. Und diese Schätzung war die allererste und geschah zu der Zeit, da Wolodimirius Statthalter in Ost-EUnien war. Und jedermann ging, dass er sich schätzen ließe,

ein jeglicher in seine Stadt.
Da die Realität in all ihrer Boshaftigkeit sich hartnäckig weigerte, sich den von der EU-Bürokratur verordneten Narrativen anzupassen, sah ihre Durchlaucht sich leider gezwungen, die bereits gegen diverse europäische Journalisten und Bestseller-Autoren verhängten Sanktionen nun auch gegen die widerspenstige Realität anzuwenden. Infolgedessen wird es der Realität ab sofort untersagt, sich im EU-Terr(or)itorium und erst recht nicht in den Köpfen der EU-Bürger aufzuhalten. (…)
Wie Burgfräulein Strazi in ihrer unendlichen Weisheit bereits festgestellt hat, ist Putin für Hunderte Millionen Todesopfer verantwortlich, und wir werden alles daran setzen, dass die Realität dieses Postulat endlich vollumfänglich umsetzt. Dazu ist es unumgänglich, dass die Weissagungen des NATO-Propheten Mark Rutte, wir seien Russlands nächstes Ziel und ein Krieg wie zu Zeiten unserer Väter und Großväter stünde an, von der Realität nicht länger ignoriert wird. Diese Ignoranz beweist eindeutig, dass die Realität der russischen Propaganda auf den Leim gegangen ist oder gar von Moskau direkt finanziert wird. Das werden wir nicht länger dulden!
Quelle: Overton Magazin

6. **Wenn der Winter zur Waffe wird**
   Stürme, starker Regen bis hin zu Fluten, die Zelte überschwemmen. Der Winter ist besonders hart für die Menschen in Gaza. In dem von Israel besetzten Gebiet wurden mehr als 1,7 Millionen Menschen vertrieben, meldet das UN-Amt für Humanitäre Hilfe (Ocha). Viele leben in überfüllten Notunterkünften, unter Zeltplanen auf dem bloßen Boden, meist zigfach vertrieben, ohne ausreichend Wasser, Nahrung oder Medizin.
   Trotz eines Waffenruhedeals gehen israelische Angriffe weiter. Seit dem 10. Oktober wurden 406 Menschen getötet, zählte das Gesundheitsministerium. Die israelische Armee besetzt weiterhin über 50 Prozent Gazas durch Soldaten. Dort, hinter der sogenannten gelben Linie, werden Palästinenser per se als Gefahr angesehen und von israelischen Soldaten erschossen, berichten unter anderem der Guardian und die israelische Organisation Gisha. Laut Ocha werden dort „täglich weiterhin Wohngebäude abgerissen“.
   Quelle: taz

   Anmerkung unserer Leserin A.F.: *Absolut nichts ist gut in Gaza und Israel macht weiter mit seinen Verbrechen.*

7. **Sumud – Standhaftigkeit im Heiligen Land**

Die Weihnachtsgeschichte ist keine europäische Erfindung. Alle drei monotheistischen Religionen, das Judentum, der Islam und das Christentum, sind im heutigen Nahen Osten entstanden. Es gibt keinen Grund, warum Palästina allein den Juden gehören sollte. Ein Blick zurück in die Geschichte – und ein aktueller Blick, wie Israel immer mehr von Palästina für sich allein beansprucht.
Quelle: Karin Leukefeld auf Globalbridge

8. **Sanktionen, Angst, Wohnungslosigkeit: Das steckt wirklich hinter der neuen Grundsicherung**
   Eine Armutsbetroffene kritisiert: Unter neuem Namen kehren alte, verfassungswidrige Sanktionen zurück. Warum die neue Grundsicherung Armut verschärft, Obdachlosigkeit fördert und Vertrauen in den Sozialstaat zerstört
   Jüngst hat der Bundestag die neue Grundsicherung beschlossen – ein Gesetz, das aus meiner Sicht eine sozialpolitische Katastrophe darstellt. Es ist nicht nur ein Rückschritt hinter das Bürgergeld, sondern in zentralen Punkten sogar noch schlimmer als die früheren Hartz-IV-Regelungen. Ein Armutszeugnis unserer Regierung.
   Dieses Gesetz basiert auf einer Lüge: Beziehende von Bürgergeld würden massenhaft betrügen und müssten deshalb härter sanktioniert werden. Dass es empirisch nicht stimmt, scheint egal. Es zeigt dafür, wie sehr Populismus und Symbolpolitik unseren politischen Diskurs vergiftet haben. Das schockiert und entsetzt mich.
   Während bei den Hartz-IV-Reformen noch ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür existierte, dass wir alle perspektivisch betroffen sein könnten, scheint dieses heute weitgehend verschwunden. Das Schweigen ist laut – und den Betroffenen macht das Angst. Ist ein Sozialstaat noch ein Sozialstaat, wenn er auf Abschreckung setzt?
   Quelle: Janina Lütt in der Freitag

   dazu: **„Irgendwann ging es nicht mehr“**
   Mehr als fünf Millionen Menschen bekommen Bürgergeld. Jetzt reformiert die Politik das System. t-online hat mit Menschen gesprochen, die direkt davon betroffen sind.
   Vier Menschen, vier Wege ins Bürgergeld – und kaum eine Gemeinsamkeit auf den ersten Blick. Sie alle wollten arbeiten oder haben gearbeitet, sie alle haben versucht, sich durchzuschlagen. Und doch sind sie irgendwann im System der Grundsicherung gelandet – aus Erschöpfung, Krankheit, Überforderung oder schlichtweg Pech.

Diese Protokolle erzählen vom Leben als Leistungsempfänger jenseits von Klischees. Von Menschen, die kämpfen, scheitern, neu anfangen – und manchmal auch einfach stehen bleiben. Sie zeigen, wie unterschiedlich die Wege ins Bürgergeld sind und wie stark das System selbst diese Wege prägt.
Quelle: t-online

dazu auch: **AWO-Chef fordert Diskussion zur Armutsvermeidung**
„Wir begrüßen jede Debatte, die sich ehrlich mit der Frage auseinandersetzt, wie soziale Sicherheit in diesem Land gestaltet werden muss“, sagte Groß auf die Frage, wie er die Mitgliederinitiative in der SPD bewerte. Die Erwartung der AWO sei, dass die Diskussion dafür genutzt werde, über Armutsvermeidung, Teilhabe und „echte Arbeitsmarktintegration“ zu sprechen. Die AWO ist der SPD seit ihrer Gründung 1919 als sozialdemokratische Wohlfahrtsorganisation eng verbunden. Groß, der bis 2021 als SPD-Abgeordneter im Bundestag saß, vertrat die Partei unter anderem im Haushaltsausschuss.
Quelle: taz

und: **Sozialkürzungen sparen kein Geld, sie verschieben nur die Rechnung**
Während österreichweit an sozialen Ausgaben und Projekten gespart wird, denkt kaum jemand unter den Entscheidungsträger:innen an die Folgen oder die Kosten, die dadurch in Zukunft entstehen. Denn manche Einsparungen sind ein teures Geschenk – bezahlt mit einem Kredit aus der Zukunft.
Wien und ganz Österreich stehen vor einer neuen Runde von Sozialkürzungen. Förderungen werden eingefroren oder gestrichen, Leistungen eingeschränkt, Zugänge erschwert. Die Begründung klingt dabei meist so: Sparzwang, Budgetloch, „Gürtel enger schnallen“.
Doch diese Logik ist kurzsichtig und gefährlich. Denn Sozialkürzungen sparen kein Geld, sie verschieben nur Kosten. Und zwar in Bereiche, in denen sie später deutlich höher ausfallen.
Quelle: Pressenza

Anmerkung unseres Lesers G.G.: *Die Feststellungen in diesem österreichischen Artikel sind eins zu eins auf Deutschland übertragbar. Einfach unfassbar, auf welchem Niveau inzwischen politische Entscheidungen zum Nachteil der aktuellen und kommender Generationen getroffen werden.*

9. **„Der direkte Weg in die Wohnungslosigkeit“**
   Das Bundeskabinett hat sich auf die „Neue Grundsicherung“ geeinigt. Bald

sollen auch die Mietzahlungen von Bürgergeldbeziehern sanktioniert werden dürfen. An den Profiten der Wohnungskonzerne wird hingegen nicht gerührt. Im UZ-Interview erklärt Siw Mammitzsch, Geschäftsführerin der Mietergemeinschaft Essen, wie an den Mietzahlungen der Ärmsten verdient wird und was passieren muss, um hohe Wohnkosten zu begrenzen.
Quelle: unsere zeit

dazu: **Wohnungslosenhilfe warnt wegen Kälte vor Lebensgefahr für Obdachlose**
Angesichts der bevorstehenden Kältewelle warnt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe vor einer unzureichenden Versorgung von Obdachlosen. „Kälte stellt für obdachlose Menschen eine akute Lebensgefahr dar“, sagte Geschäftsführerin Sabine Bösing dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Ohne Zugang zu warmen, sicheren Schutzräumen seien wohnungslose Menschen den extremen Temperaturen schutzlos ausgeliefert.
Quelle: Zeit Online

10. **Reiche greift schon wieder die Arbeitnehmerrechte an – und die SPD macht mit**
Es dürfte ein Weihnachtsgeschenk sein, das im Hals stecken bleibt. Pünktlich zum Jahresende hat Wirtschaftsministerin Katherina Reiche einen neuen Angriff auf die Arbeitnehmerrechte in Deutschland vorgenommen. In einem Interview mit t-online ließ sich die CDU-Politikerin schon wieder über die angeblich niedrige Arbeitsmoral in Deutschland aus – und nahm den Kündigungsschutz ins Visier.
Quelle: FR Online

dazu: **Kanzleramtschef Frei erwägt Änderung am Koalitionsvertrag**
Angesicht der schlechten Wirtschaftslage hat sich Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) offen für eine Überarbeitung des Koalitionsvertrags gezeigt.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *„Verstärkt gegensteuern“ – das bedeutet auch für diese Koalition, dass der noch vorhandene Sozialstaat weiter abgebaut werden soll.*

dazu auch: **Im Gesundheitswesen müssen manche Leistungen entfallen**

Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) stimmt die Bevölkerung auf einen Abbau von Leistungen im Gesundheitssystem ein. „Klar ist auch, dass manche Leistungen entfallen müssen, um das Gesundheitssystem günstiger zu machen, was in anderen Ländern auch funktioniert“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).
Quelle: RND

und: **Wer Leistungskürzungen vorschlägt, hat keine Ahnung von den Problemen des Gesundheitssystems**
Wem als Sparmaßnahme für die gesetzliche Krankenversicherung als erstes Leistungskürzungen einfallen, hat sich bisher nicht die Mühe gemacht, sich intensiver mit den Problemen im Gesundheitswesen zu beschäftigen. Denn auf die Anschlussfrage, welche Leistungen konkret gestrichen werden sollten, folgen zumeist untaugliche Vorschläge. (…)
Nein, der Grund für die hohen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen ist nicht der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung. Das deutsche Gesundheitssystem arbeitet schlicht ineffizient, wofür die Patientinnen und Patienten nichts können. Sie werden sich selbst überlassen und nicht durch das System dirigiert.
Quelle: Tim Szent-Ivanyi in Neue Westfälische

11. **Die Kluft bei den Einkommen wird statistisch verschleiert**
Niedrigverdiener würden sich den Spitzenverdienern langsam annähern. Es brauche keine weiteren Massnahmen, beruhigen die Reichen.
Einkommensunterschiede bergen Sprengstoff. Werden sie zu gross, bröckelt der soziale Zusammenhalt. Das Vertrauen in die Politik geht verloren. Es kommt zu sozialer Unzufriedenheit.
Rechte Parteien und ihre Lobbys beschwichtigen, es gebe gar kein Problem. Sie vertreten die Interessen der Mittel- und der Oberschicht. Diese kassiert als Einkommen nicht nur enorme Löhne, sondern auch Zinsen, Dividenden und andere Kapitalausschüttungen, von denen Lohnabhängige nur träumen können.
Dass die Kluft zwischen den Einkommen seit Jahren immer grösser wird, wollen Grossverdienende lieber nicht transparent machen. Dies gelingt ihnen nicht zuletzt mit einem statistischen Schwindel, den sie national und international salonfähig machen konnten. Viele Medien verbreiten die Irreführungen.
Quelle: Infosperber

dazu: **10-Billionen-Marke überschritten: Geldvermögen privater**

Haushalte steigt auf Rekordsumme
Etwas mehr als 10 Billionen Euro – diese unvorstellbare Rekordsumme, eine 1 mit 13 Nullen, nennen Deutschlands Privathaushalte ihr Eigen. Das Geldvermögen steigt seit Jahren, weil die Menschen hierzulande sparen wie die Weltmeister und trotz einer weitverbreiteten Börsenskepsis inzwischen zunehmend auch von steigenden Aktienkursen profitieren.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers H.B.: *„Sprengstoff für die Demokratie“ – Neuer Regierungsbericht: Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich – Der Paritätische – Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege/*

12. **Ramschware Arbeitskraft**
Die Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Thema beziehungsweise als vielmehr dringend zu lösendes Problem scheint zurückzukehren. In den vergangenen zwölf Monaten war zwar im Grunde jede Woche von Stellenabbau oder Werkschließung irgendwo in der Republik zu lesen, doch von generellen Einbrüchen am Arbeitsmarkt ging auffälligerweise nie die Rede. Auffällig allerdings auch, dass der noch vor einem Jahr täglich zu vernehmende Jammer über den Fachkräftemangel inzwischen fast verstummt ist. Ende vergangener Woche jedenfalls sagte Andrea Nahles, Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, der Arbeitsmarkt sei »seit Monaten wie ein Brett«, ohne Schwung also. Die Wahrscheinlichkeit für Erwerbslose, einen neuen Job zu finden, sei »so niedrig wie nie zuvor«.
Quelle: junge Welt

dazu: **Nahles: Chancen für Arbeitslose bei Jobsuche so schlecht wie nie**
Nahles sagte dem Portal Web.de, der Arbeitsmarkt sei seit Monaten wie ein Brett, es komme kein Schwung rein. Aktuell sei keine Gruppe an Arbeitnehmern vor Jobverlust gefeit. Gut ausgebildete Menschen hätten aber weiterhin die besten Chancen am Arbeitsmarkt. Für Berufseinsteiger sei die Lage hingegen schlecht.
Die frühere SPD-Vorsitzende äußerte dabei auch Kritik am sogenannten Vermittlungsvorrang für Arbeitslose, der mit der Bürgergeldreform kommen soll. Dieser besagt, dass die Vermittlung in Arbeit in der Regel Vorrang vor einer Ausbildung oder Qualifizierung hat. Nahles erklärte, die Fähigkeiten der arbeitslosen Menschen würden oft nicht zu den freien Stellen passen. Qualifizierung bleibe wichtig, sonst stünden die Menschen nach drei Monaten wieder beim Jobcenter vor der Tür.

Quelle: Deutschlandfunk

13. **Verdi-Chef will Reiche und Erben für Rente belasten: „Das geht nur durch Umverteilung“**
„Die Prüfaufträge der Koalition an das Gremium sind aus der Perspektive künftiger Rentnerinnen und Rentner überwiegend bedrohlich“, betonte er. Besonders alarmierend findet der Gewerkschaftsführer die mögliche Entkopplung der Rentenanpassungen von der Lohnentwicklung.
„Wenn da zum Beispiel die Frage diskutiert werden soll in der Rentenkommission, dass die Renten zukünftig nur noch mit der Inflation ausgeglichen werden (…), würde das auf kürzeste Zeit dazu führen, dass das Rentenniveau sinkt“, warnte Werneke. Eine solche Änderung könnte langfristig zu einer deutlichen Verschlechterung der finanziellen Situation vieler Rentner führen.
Um ein höheres Rentenniveau zu finanzieren, schlägt Werneke eine stärkere steuerliche Belastung von Vermögenden und Erben vor. „Das geht nur durch Umverteilung, indem auch steuerpolitisch dafür gesorgt wird, dass Vermögende, reiche Erbinnen und Erben, einen höheren Anteil am Steueraufkommen übernehmen“, so der Gewerkschaftschef. Er spricht sich für einen „angemessenen Steuersatz“ bei Vermögen von mehreren hunderttausend Euro aus.
Quelle: FR Online

dazu: **Zwangsverrentung ab 2027? Wen das betreffen könnte und was es bedeutet**
Würde die Zwangsverrentung ab 2027 wiederkommen, wären insbesondere Bürgergeld-Empfänger im Alter ab 63 Jahren betroffen, sobald sie die formalen Voraussetzungen für einen Rentenbezug erfüllen. Konkret wären das die Mindestversicherungsjahre in der Rentenversicherung und das Erreichen eines bestimmten Mindestalters.
Bei einer Zwangsverrentung drohen den Betroffenen erhebliche finanzielle Nachteile. Bei einer vorzeitigen Altersrente fallen Abschläge an. Das sind in der Regel 0,3 Prozent pro Monat bei vorzeitigem Renteneintritt. Wer also vier Jahre früher in Rente gegangen ist, bekommt bis zu 14,4 Prozent weniger Rente, und das sogar lebenslang.
Quelle: inFranken.de

14. **Deutschland: Konzernmonopole treiben Lebensmittelpreise hoch**
Lebensmittelpreise in Deutschland sind so stark gestiegen wie nirgends in

Europa. Bei den Produzenten kommt davon wenig an.
Die Weihnachtszeit ist für viele Einzelhandelsunternehmen die umsatzstärkste im Jahr. Dieses Jahr nicht. Zumindest nicht in Deutschland. «Eher schwach», sei das Weihnachtsgeschäft bisher, schrieb der deutsche Einzelhandelsverband am 21. Dezember in einer Mitteilung. Dem bisher «enttäuschenden» Weihnachtsgeschäft «fehlt es an Schwung», fand er schon am 14. Dezember. Man hoffe auf die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr.
So kann man es auch ausdrücken. Das Konsumklima in Deutschland ist so schlecht wie seit April 2024 nicht mehr.
Quelle: Infosperber

dazu: **Lebensmittelpreise sind für immer mehr Menschen eine Belastung**
Laut einer Umfrage sind teure Lebensmittel für immer mehr Menschen ein Problem. 45 Prozent der Befragten einer Forsa-Studie im Auftrag der Verbraucherzentrale des Bundesverbands gaben an, dass sie sich wegen gestiegener Preise beim Lebensmitteleinkauf einschränken müssen. Vor einem Jahr hatten dies noch 39 Prozent der Befragten gesagt.
Grundsätzlich blicken viele Verbraucher der Umfrage zufolge skeptisch auf ihre Lage. Wenn sie an ihre persönliche Situation als Verbraucherin und Verbraucher denken, blicken demnach 52 Prozent „eher negativ“ auf das neue Jahr. „Eher positiv“ schauen 47 Prozent voraus. Für die Umfrage befragte das Institut Forsa vom 12. bis 14. November 1.002 Menschen ab 18 Jahren.
Quelle: Zeit Online

15. **Hohe Kosten, weniger Einnahmen: Preise für Nahverkehr steigen auf breiter Front**
    Fahrten mit Bus und Bahn im Nahverkehr werden zum Jahreswechsel fast überall teurer. Personal und Energie kosten mehr, und das Deutschlandticket stellt die Finanzierung der Verkehrsverbünde vor Schwierigkeiten. Der Branchenverband fordert deshalb mehr Unterstützung vom Staat.
    Quelle: n-tv
16. **Covid-Pandemie: «Jetzt klopfen sie sich alle auf die Schulter»**
    Wie sich das Virus verbreitet und welche Menschen gefährdet sind, war schon Anfang 2020 klar, sagt Professor René Gottschalk.
    Vor sechs Jahren begann die Corona-Pandemie. Wie beurteilen Sie diese Zeit im Rückblick?
    Sie war sehr bedrückend. Ich habe mich damals oft mit Politikern

auseinandersetzen müssen. Die Politik meinte, sie könne Infektiologie betreiben. Aber nur wenige Fachleute hatten wirklich Erfahrung mit der Seuchenbekämpfung. Diese hätten die Politiker beraten müssen. Aber das fand nicht statt.
Warum nicht?
Das kann ich Ihnen nicht sagen. Es lief ab wie eine Lawine: Ein Land machte etwas, die anderen zogen nach, keines konnte sich angeblich entziehen. Es gab für solche Situation einen Pandemieplan, es gab vorbereitete Lösungen – trotzdem griff man nicht darauf zurück. Das war der erste grosse Fehler.
Quelle: Infosperber

17. **Flugzeugabsturz in Türkei: hochrangige libysche Militärangehörige tot**
Ein Privatjet vom Typ Falcon 50 stürzte bald nach dem Start im türkischen Flughafen Ankara-Esenboga am Abend des 23. Dezembers ab. An Bord des Flugzeugs, das auf dem Rückflug nach Tripolis war, befanden sich der militärische Stabschef der Tripolis-‚Regierung', Mohammed Ali Achmed al-Haddad, sowie andere hochrangige libysche Militärangehörige.
Türkei in Libyen am Scheideweg.
Quelle: Gela-News
18. **Wem gehört die Erinnerung an den Holocaust?**
Ein aktueller Kunstskandal in Deutschland lässt erneut die Frage aufkommen, wie wir den Holocaust erinnern und wer das Erinnerungsmonopol beanspruchen darf.
Das Jahr 2025 konnte in Deutschland nicht vorübergehen, ohne einen weiteren Kunst-Eklat in Zusammenhang mit Deutschland-Israel-Juden-Palästinensern-Antisemitismusvorwurf-etc.pp zu generieren. Offenbar braucht man das in Deutschland. Man nimmt daher jede sich bietende Gelegenheit wahr, um den Eklat zu schüren. Was ist es diesmal?
Quelle: Overton Magazin